

Eidgenössische Ausländerkommission

eka 2001

Jahresbericht

Vorwort

Was sich im Jahre 2000 abgezeichnet hatte, bestätigte sich im vergangenen Jahr: die schweizerische Politik hat erkannt, dass Migration keine momentane oder lokale Episode der Menschheitsgeschichte ist, sondern eine Realität, die alle Länder der Erde erfasst und sie vor je spezifische Aufgaben stellt. Die Schweiz, wie übrigens sämtliche Industriestaaten, sieht sich mit der Frage konfrontiert, wie sie ein möglichst spannungsarmes Zusammenleben zwischen Menschen, die aus sehr verschiedenen Lebensrealitäten stammen, gewährleisten kann. Dabei ist es nicht von Belang, aus welchen Motiven diese Menschen bei uns sind, denn es gibt keine Unbeteiligten auf dem Gebiet des Zusammenlebens.

War die Integration der zu uns gekommenen Migrantinnen und Migranten – verstanden als ein Prozess gegenseitiger Annäherung – jahrzehntelang als eine Aufgabe von Privaten, gemeinnützigen Organisationen und Kirchen und allenfalls der unteren staatlichen Ebenen gesehen worden, so besteht heute kein Zweifel mehr, dass sie zu den vorrangigen Aufgaben unseres Staates gehört.

Noch schlägt sich das in den Bundesbudgets für die Ausländerpolitik nur zögerlich nieder. Mit der Botschaft zum neuen Bürgerrecht, welches der Bundesrat in diesem Jahr verabschiedet hat und das wichtige Erleichterungen für die Einbürgerung der zweiten und dritten Generation enthält, ist indessen ein erster Meilenstein in der Integrationspolitik gesetzt. Bei den Arbeiten zu einem neuen Ausländergesetz ist dieser Weg nun konsequent weiter zu beschreiten: mit einer Zulassungspolitik, welche auf die Berücksichtigung der oft kurzlebigen wirtschaftlichen Bedürfnisse verzichtet und vermehrt auf gesamtgesellschaftlichen Anliegen – zu welchen in elementarer Weise die Integration gehört – aufbaut; mit einem ausgebauten Integrationskapitel, welches zum Aufbau und zur Stärkung der für die Integrationspolitik notwendigen Strukturen auf Bundesebene und im Verhältnis zu den Kantonen beiträgt. Mittelfristig kann somit die EKA auch wieder vermehrt von operativen Aufgaben entlastet werden, die sie nun in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten – in Abwesenheit adäquater staatlicher Strukturen für die Integration – ausgeübt hat. Die Kommission kann sich erneut voll ihrem Kerngeschäft als Vordenkerin, Motor und wenn nötig Korrektiv der schweizerischen Ausländerpolitik widmen.

Der Rückblick auf ein erfolgreiches Jahr und der Ausblick auf eine vielversprechende Zukunft erlauben es mir, die vor zwei Jahren als Übergangspräsidentin übernommene Aufgabe weiterzugeben. Ich freue mich, dass mit Francis Matthey eine ebenso erfahrene wie engagierte Persönlichkeit als Präsident wirken wird, und wünsche ihm Erfolg und Genugtuung in seinem Amt.

Allen, die mich in meiner Tätigkeit in mannigfaltiger Weise unterstützt haben, danke ich herzlich.

Rosemarie Simmen, Dezember 2001

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	1
ZUM RÜCKTRITT VON ROSEMARIE SIMMEN	3
DIE KOMMISSION	4
Zusammensetzung und Arbeitsweise	4
Zusammenarbeit mit EKF und EKR	4
Arbeit des Präsidiums	5
Wechsel im EKA-Präsidium	5
Migrations- und Integrationspolitik	6
Internationale Zusammenarbeit	9
Integrationsförderung	10
Veranstaltungen	14
EKA-SEKRETARIAT	16
Personelles und Struktur	16
Neuausrichtung des Sekretariats und Sektion Integration	17
Fachgeschäfte des Sekretariats	17
Projekte	18
Mittlerrolle	20
Externe Arbeitsgruppen	21
Information / Kommunikation	21
Publikationen	21
ANHANG	23
Mitglieder der Kommission	23
Sekretariat der Kommission	24
Publikationen	25
Liste der Projekte Integrationsförderung 2001	26

Impressum

Redaktion und Gestaltung	Elsbeth Steiner
Redaktionelle Mitarbeit	Mario Gattiker, Christof Meier, Paul Sütterlin, Ana Maria Witzig
Französische Übersetzung	Sophie Clerc
Druck	EDMZ, 3003 Bern
Bestellungen	Sekretariat EKA, Quellenweg 9, 3003 Bern-Wabern 031 325 91 16 / eka-cfe@bfa.admin.ch www.eka-cfe.ch

Zum Rücktritt von Rosemarie Simmen

Auf Ende 2001 ist Rosemarie Simmen als Präsidentin der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) zurückgetreten. Mir ist es ein persönliches Anliegen, ihr für ihre Tätigkeit ganz herzlich zu danken. In einer für die Ausländerkommission schwierigen und die Integrationspolitik des Landes wichtigen Zeit hat sie sich bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen. Als erfahrene Politikerin, die sich seit Jahren immer wieder in der Migrationspolitik engagiert hat, war sie die ideale Persönlichkeit für das Präsidium. Es gelang ihr dank eines unermüdlichen Einsatzes, die Kommission aus der Krise herauszuführen, innert kürzester Zeit das Bundesprogramm zur Integrationsförderung auf die Beine zu stellen, das Sekretariat zu erneuern und in breiten Kreisen der schweizerischen und ausländischen Bevölkerung das Vertrauen in die EKA zu stärken.

Rosemarie Simmen war eine engagierte Präsidentin, welche die Politik des Bundes kritisch, aber jederzeit konstruktiv begleitet hat. Sie scheute sich nicht, klare Positionen zu beziehen; etwa in der Frage der Einbürgerungen, der Integrationsförderung oder der «Sans Papiers». Genau darin sehe ich die Bedeutung der Eidgenössischen Ausländerkommission: Als einzige ausserparlamentarische Kommission, in der Ausländerinnen und Ausländer paritätisch vertreten sind, ist es ihre Aufgabe, den Anliegen und Perspektiven der ausländischen Bevölkerung Gehör zu verschaffen und in die Politik einfließen zu lassen.

Rosemarie Simmen liess mich bereits bei der Übernahme ihres Amtes wissen, dass sie sich nur für kurze Zeit für diese Aufgabe zu Verfügung stellen würde. Dank ihrer politischen Versiertheit, ihrer Integrationskraft und ihres persönlichen Engagements vermochte sie in den letzten zwei Jahren viel zu bewegen. Sie hat der Kommission eine neue, in weiten Kreisen anerkannte Stellung verschafft und damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Integrationspolitik geleistet.

Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold, Dezember 2001



Bundeshaus, 19. Dezember 2001: Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold bedankt sich bei Rosemarie Simmen für ihr Engagement als EKA-Präsidentin.

Die Kommission

Zusammensetzung und Arbeitsweise

Auf den Jahresbeginn 2001 bestellte der Bundesrat die Eidgenössische Ausländerkommission neu. Neben Vertreterinnen und Vertretern von Kirchen und Verbänden sowie von Städten und Kantonen wurden auch Vertreterinnen und Vertreter von Ausländerorganisationen gewählt. Viele Mitglieder sind ausländischer Herkunft: Sie stammen aus Italien, Spanien, Portugal, Türkei, Kroatien, Kosova, Ecuador, Brasilien, Philippinen und Tunesien. Im Verlaufe des Jahres 2001 ergaben sich noch ein paar Änderungen, so dass die EKA Ende 2001 28 vom Bundesrat gewählte Mitglieder und zwei Personen mit Beobachterstatus umfasste.

Das Präsidium wurde gebildet von

Rosemarie Simmen, Präsidentin
Anna Rúdeberg-Pompei, Vizepräsidentin
Walter Schmid, Vizepräsident

Die Kommission traf sich 2001 zu drei Plenarsitzungen, eine davon war als zweitägige Retraite gestaltet, sowie zu einer ausserordentlichen Sitzung zur Verabschiedung von Rosemarie Simmen, bzw. zur Begrüssung des neuen Präsidenten Francis Matthey.

Eine Liste der Kommissionsmitglieder findet sich im Anhang dieses Berichtes.

Im Interesse einer effizienten Arbeitsweise bildete die Kommission zwei Ausschüsse.

Der *politische Ausschuss* unter der Leitung von Präsidentin Rosemarie Simmen tagte viermal und beschäftigte sich im Berichtsjahr vor allem mit den Themen Sans Papiers, Bürgerrechtsrevision und neues Ausländergesetz. Für die Behandlung des Themas Sans Papiers wurde ein Unterausschuss gebildet.

Dem politischen Ausschuss gehören an: Alberto Achermann, Christina Burger, Frédéric Chevallay, Antonio Da Cunha, Rudolf Grüninger, Urs Kramer, Juan Rodrigo Montaluisa Vivas, Carmen Pereira Fleischlin, Jean-Claude Prince, Denis Torche, Myrtha Welti.

Die Aufgabe des *Projektausschusses* bestand vor allem in der Beurteilung der eingereichten Integrationsprojekte. Unter der Leitung von Vizepräsident Walter Schmid hielt der Ausschuss zwölf Sitzungen ab. Dem Ausschuss gehören an: Giyle Krasniqi, Gianni Moresi, Mariano Pacheco, Anna Rúdeberg-Pompei, Bernardino Sanchez Perez, Denis Torche und Vivian Kiefer-Vargas.

Zusammenarbeit mit EKF und EKR

Die im Jahr 2000 wieder aufgenommenen Koordinationssitzungen zwischen der EKA, der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlinge und der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus wurden im Quar

talsrhythmus fortgesetzt. Erstmals wurde auch eine gemeinsame Veranstaltung organisiert: die nationale Tagung zum Thema Bürgerrechtsreform. An einem nachfolgenden Treffen einigten sich die drei Kommissionen darauf, auch nächstes Jahr eine gemeinsame Tagung zu veranstalten.

Arbeit des Präsidiums

Die Mitglieder des Präsidiums und der Sekretär der EKA wurden am 3. September 2001 von Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold empfangen; dabei wurden namentlich die Revision des Ausländergesetzes und des Bürgerrechts sowie die Problematik der Sans Papiers besprochen. Weitere offizielle Kontakte wurden mit dem Vorsitzenden der KKJPD, der Vereinigung der kantonalen Fremdenpolizeichefs, ausländischen Botschaftern oder dem «Reis» aus Sarajevo, dem Oberhaupt der Muslime in Bosnien und Herzegowina, gepflegt.

Die Präsidentin, die Vize-Präsidentin und der Vize-Präsident hielten zahlreiche Referate zu Fragen der Migrations- und Integrationspolitik im In- und Ausland. Zu den Veranstaltern gehörten u.a. die Deutsch-Schweizerische Wirtschaftsvereinigung (Bonn und Düsseldorf), der Schweizerische Gewerbeverband mit seiner Tagung «Integration in der KMU-Welt», die Vereinigung der Schweizerischen Arbeitsämter und Arbeitsmarktbehörden, die Gesellschaft für Internationale Entwicklung (SID) in Den Haag, die Schweizerische Flüchtlingshilfe oder das Schweizerische Rote Kreuz. Weitere Referate wurden im Rahmen der Sozialplattform der Schweizer Städte in Winterthur, an einer Informationsveranstaltung der Stadt Frauenfeld zur Integration oder anlässlich des Festes zum albanischen Nationalfeiertag in Bern gehalten. Im Kontext der Bürgerrechtsrevision standen Auftritte an einer öffentlichen Veranstaltung in Emmen sowie die Beteiligung an Diskussionen im Rahmen von Fernsehsendungen. Besucht wurden auch Veranstaltungen von Ausländerorganisationen, so u.a. des «Comitato degli italiani all'Estero», COMITES Biel, ACLI oder der muslimischen Vereinigungen und von Gewerkschaften (SYNA, CNG).

Wechsel im EKA-Präsidium

Am 29. Oktober 2001, zum Schluss der nationalen Tagung zum Thema Bürgerrecht, orientierte Rosemarie Simmen über ihren Rücktritt aus der Eidgenössischen Ausländerkommission. Die Kommission und das Sekretariat dankten ihr für die herausragende Arbeit, die sie in den zwei Jahren als Präsidentin geleistet habe. Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold würdigte die Verdienste der Zurücktretenden an einem Abschiedsapéro im Bundeshaus. Rosemarie Simmen sei es gelungen, die Kommission aus einer Krise heraus



Anfangs November stellte Bundesrätin Ruth Metzler den Nachfolger von Rosemarie Simmen vor: Francis Matthey wird neuer EKA-Präsident.

schnell zu einem funktionstüchtigen Organ zu führen, das den Bundesrat kritisch, aber jederzeit konstruktiv begleitet habe. Auch in der Öffentlichkeit sei die Arbeit der EKA auf grosses Echo gestossen.

Bereits wenige Tage nach dem Rücktritt hatte Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold den neuen Präsidenten der EKA vorgestellt: Francis Matthey, ehemaliger Neuenburger Staatsrat und alt-Nationalrat wird das EKA-Präsidium am 1. Januar 2002 antreten. Francis Matthey (59) wuchs in La Chaux-de-Fonds auf und erwarb an der Universität Neuenburg das Lizentiat in Wirtschaftswissenschaften. Von 1968 bis 1976 leitete er die kantonale Sektion für Raumplanung. Anschliessend war er bis 1988 Gemeinderat und Stadtpräsident von La Chaux-de-Fonds. 1988 wurde er in den Staatsrat gewählt, dem er bis im Frühjahr 2001 angehörte, zuerst als Vorsteher des Département des finances et des affaires sociales, dann als Chef des Département de l'économie publique. Von 1987 bis 1995 gehörte er dem Nationalrat an.

Migrations- und Integrationspolitik

Bürgerrechtsrevision

2001 hat sich die EKA intensiv mit der Frage einer Revision des Bürgerrechtsgesetzes auseinandergesetzt. So war die Kommission u.a. in der vom Bundesrat mit der Vorbereitung einer Revision betrauten Expertenkommission vertreten. Am 21. November 2001 hat der Bundesrat die Botschaft zur Bürgerrechtsrevision verabschiedet. Die Vorlage sieht u.a. Einbürgerungserleichterungen für Personen der zweiten und dritten Generation, eine Verkürzung der Wohnsitzfrist von 12 auf 8 Jahre sowie ein Beschwerderecht gegen willkürliche Entscheidungen vor. Die EKA hat sich mit einer eigenen Stellungnahme am Vernehmlassungsverfahren beteiligt und dabei die Vorschläge des Bundesrates für ein zeitgemässes Bürgerrecht begrüsst. Weiter wurde das Präsidium der EKA vor Erlass der Botschaft vorkonsultiert. Mitglieder des Präsidiums der EKA haben an verschiedenen Radio- und Fernsehsendungen sowie an öffentlichen Veranstaltungen teilgenommen und dabei die Haltung der EKA vertreten. Die EKA hat zudem an speziellen Anlässen auch Angehörige verschiedener ausländischer Gemeinschaften über die anstehenden Änderungen informiert. Die Revision des Bürgerrechts bildete sodann einen der Schwerpunkte anlässlich der Plenarversammlung der EKA vom 14. und 15. Juni 2001 und war Gegenstand der zusammen mit EKR und EKF gemeinsam organisierten Jahrestagung vom 29. Oktober 2001 (siehe auch Seite 2). Das Präsidium der EKA sieht es als seine zentrale Aufgabe an, durch gezielte Auftritte und Publikationen dem neuen Bürgerrecht auch in den kommenden Volksabstimmungen zum Durchbruch zu verhelfen. Die geplante Revision ist ein Meilenstein in der Förderung der Integration der Ausländerinnen und Ausländer und damit auch im ur-eigenen schweizerischen Interesse.

Neues Ausländergesetz

Mit der angelaufenen Totalrevision des Ausländergesetzes beschäftigte sich die Kommission intensiv anlässlich ihrer Plenarversammlung vom 14./15. Juni 2001. Sie diskutierte insbesondere Stellenwert und Inhalt des

im Vernehmlassungsentwurf zu einem neuen Ausländergesetz enthaltenen Migrationskapitels, die Grundzüge der Zulassungspolitik, die Bestimmungen über den Familiennachzug sowie über die Integration. Das neue Ausländergesetz, dessen Botschaft voraussichtlich im Frühjahr 2002 verabschiedet wird, wird die Kommission auch im kommenden Jahr weiter beschäftigen.

Teilrevision des Asylgesetzes

Die Kommission hat im Rahmen der Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Asylgesetzes zum entsprechenden Vorentwurf Stellung genommen. Sie sprach sich insbesondere für eine völkerrechtskonforme Ausgestaltung der vorgeschlagenen Drittstaatenregelung aus und plädierte für eine Beseitigung der Integrationshemmnisse bei denjenigen vorläufig aufgenommenen Personen, welche sich längerfristig in der Schweiz aufhalten.

Im Rahmen der Ämterkonsultation zur Botschaft des Bundesrates betreffend die «Volksinitiative gegen Asylrechtsmissbrauch» unterstützte die EKA die Linie des Bundesrates, welcher diese Initiative zur Ablehnung empfiehlt.

Sans Papiers

Mit zahlreichen Besetzungen und Kundgebungen haben Sans Papiers in verschiedenen Schweizer Städten die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Amtsstellen auf sich gelenkt. An der Plenarsitzung vom 14./15. Juni 2001 beschloss die Eidgenössische Ausländerkommission, sich diesem Thema anzunehmen und konkrete Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Ende August lagen eine ausführliche Situationsanalyse des Sekretariats sowie erste Empfehlungen vor. Diese wurden anlässlich einer Pressekonzferenz vom 28. August 2001 vorgestellt.

- Die EKA empfiehlt hinsichtlich der Problematik der illegalen Aufenthalte und der Schwarzarbeit eine Gesamtstrategie mit kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen. Im Sinne einer Sofortmassnahme empfiehlt die Kommission das Ausschöpfen der bestehenden Härtefallregelung im geltenden Recht. Damit kann für langjährig anwesende und gut integrierte Menschen eine Regelung des Aufenthalts erzielt werden. Die Kommission empfiehlt hierzu die Einrichtung von Ombudsstellen in den betroffenen Kantonen. Diese Stellen sollen den für illegale Personen erschwerten Zugang zu entsprechenden Verfahren gewährleisten und in aussichtslosen Fällen Rückkehrberatung anbieten oder vermitteln. Allfällige weitergehende Legalisierungsschritte, welche eine Gesetzesänderung erforderlich machen würden, will die EKA vom Erkenntnisstand der Forschung über Umfang und Art der illegalen Aufenthalte abhängig machen. Die Kommission regte eine entsprechende



Photo Jean-Luc Cramatte

Studie an. Ferner erarbeitete sie einen Kriterienkatalog für eine angemessene Praxis bei der Beurteilung von Härtefällen.

- Mit einer Intensivierung der Prüfung von Einzelfällen allein kann das Problem Sans Papiers nach Ansicht der EKA aber nicht gelöst werden. Es braucht nach Auffassung der EKA auch eine Informations- und Sensibilisierungskampagne, insbesondere bei den Sozialpartnern, mit dem Ziel, auf die gesellschafts- und wirtschaftspolitisch schädlichen Auswirkungen von Schwarzarbeit und Illegalität hinzuweisen.
- Im Sinne einer längerfristigen Zielsetzung will die Eidgenössische Ausländerkommission an einer nachhaltigen Gesetzgebung mitarbeiten, welche das Entstehen neuer «Sans Papiers»-Situationen möglichst vermeidet. Sie erachtet in diesem Zusammenhang die laufenden Gesetzesrevisionen (neues Ausländerrecht, Bundesgesetz gegen die unerlaubte Arbeit) als besonders wichtig.

Die Antworten des Bundesrates im Zusammenhang mit den verschiedenen parlamentarischen Vorstössen belegen, dass die Vorschläge der Kommission positiv aufgenommen worden sind. Der Bundesrat unterstützt die Empfehlung nach Einrichtung von Ombudsstellen. Und das vom EJPD an die Kantone gerichtete Kreisschreiben zur Auslegung des Härtefallbegriffs bei Sans Papiers deckt sich weitgehend mit dem von der EKA unterbreiteten Vorschlag.

Migration und Gesundheit

Die EKA war in der Arbeitsgruppe vertreten, welche unter der Federführung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und unter Beteiligung von BFA und BFF eine Strategie «Migration und Gesundheit» für die Jahre 2002 bis 2006 erarbeitete. Die Strategie formuliert gesundheitspolitische Massnahmen in verschiedenen Interventionsbereichen (u.a. Aus- und Fortbildung des Gesundheitspersonals, Bildung, Prävention, Gesundheitsversorgung, Therapieangebote und Forschung), welche für eine bessere Gesundheitsversorgung der Migrationsbevölkerung erforderlich sind. Der Bericht wird im Frühjahr 2002 dem Bundesrat unterbreitet. Bereits heute besteht ein regelmässiger Kontakt zum BAG, um die Projektarbeit zur Integrationsförderung zu koordinieren.

Schulische Integration

Die EKA erarbeitete eine Stellungnahme zu den Empfehlungen, welche von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) aufgestellt worden waren. Die Empfehlungen, welche von der Kommission begrüsst wurden, beziehen sich auf die Ausbildung und Integration von fremdsprachigen Jugendlichen auf der Sekundarstufe II. Die EDK empfiehlt die Schaffung integrationsfördernder Rahmenbedingungen, macht Vorschläge für die Konzeption von Lehrplänen und -mitteln sowie für die Aus- und Weiterbildung des Lehrkörpers.

Berufliche Integration

In enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Integration der Bundesratsparteien erarbeitete die Kommission einen Bericht über die berufliche Integration. Im Bericht werden die laufenden Gesetzgebungsarbeiten im Bereiche der Arbeitslosenversicherung, der Berufsbildung, des Ausländer- und Asylrechts dargestellt und auf mögliche Integrationshemmnisse für die berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten untersucht. Der Bericht mündet in konkrete Vorschläge zuhanden der verschiedenen Revisionsvorhaben. Der Bericht machte insbesondere auch deutlich, dass hinsichtlich der verschiedenen Integrationsbemühungen auf Bundesebene ein erheblicher Koordinationsbedarf besteht.

Internationale Zusammenarbeit

Die EKA ist aktiv beteiligt am Projekt «The Future of Asylum and Migration» der Gesellschaft für Internationale Entwicklung (SID). Im Rahmen dieses Prozesses werden unter Beteiligung namentlich der Wissenschaft und von internationalen und nicht-staatlichen Organisationen Vorschläge für eine künftige globale Migrationspolitik erarbeitet. Zu diesem Zweck veranstaltete das SID in Den Haag verschiedene Workshops und Experten-Hearings mit dem Ziel, den Vereinten Nationen im Jahre 2002 eine entsprechende Charta zu überreichen. Der Vize-Präsident der EKA, Walter Schmid, ist Mitglied des Ausschusses, welcher den Text der Charta erarbeitet.

Der Sekretär der EKA ist ständiger Gast der jährlichen Konferenz der deutschen Integrationsbeauftragten von Bund und Ländern. Mario Gattiker hat an der Konferenz vom 7./8. Juni 2001 in Leipzig teilgenommen. Die Konferenz widmete sich insbesondere dem Sprachförderungsprogramm auf Bundesebene sowie dem Bericht der «Kommission Zuwanderung», welche unter dem Vorsitz von Rita Süssmuth inhaltliche und strukturelle Vorschläge für eine Neugestaltung der Zuwanderungs- und Asylpolitik sowie für die Integration erarbeitete (sog. «Süssmuth-Bericht»).

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Süssmuth-Berichts stand der Besuch einer EKA-Delegation in Berlin am 19. und 20. Juli 2001. Die Präsidentin der EKA, Rosemarie Simmen, kommentierte den Bericht aus der Perspektive der EKA anlässlich eines Arbeitssessens. Zu diesem Anlass hatte der schweizerische Botschafter Thomas Borer Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik eingeladen. Die Delegation der EKA benützte den Auf



Rosemarie Simmen, Mario Gattiker (links) und Christof Meier (rechts) mit Botschafter Thomas Borer in Berlin
Photo Dieter Grossen

enthalt in Berlin, um mit einer Vertretung des Amtes der Deutschen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung zusammenzutreffen und sich über die verschiedenen Arbeitsbereiche zu informieren. Bei diesem Amt handelt es sich um ein der EKA ähnliches Konsultativorgan in Migrations- und Integrationsfragen. Schliesslich wurden verschiedene Integrationsprojekte im Berliner Bezirk Charlottenburg besucht. Dieser Besuch sowie die Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern einer Quartierinitiative ermöglichten einen praxisnahen Einblick und bestätigten den hohen Stellenwert von Quartierpolitik und -sanierung für die Integration.

Durch Simone Prodoliet war die EKA an der Internationalen Metropolis-Konferenz in Rotterdam vom 26. bis 30. November 2001 vertreten. Die Konferenz thematisierte u.a. Fragen von Transnationalismus und Bürgerrecht sowie Fragen der Stadtentwicklung und der Integration.

Integrationsförderung

Die Integration von Ausländerinnen und Ausländern ist eine neue Aufgabe des Bundes. Erst der 1999 in Kraft getretene Integrationsartikel im Ausländergesetz ermöglichte eine Integrationsförderung auf Bundesebene. Der für die Unterstützung von entsprechenden Projekten nötige Kredit wurde im Dezember 2000 vom Parlament gesprochen. Im Jahr 2001 standen erstmals 10 Millionen Franken für Integrationsprojekte zur Verfügung. Die eingereichten Projektgesuche wurden vom Sekretariat der EKA entgegengenommen und – teilweise unter Einbezug von externen Gutachtern – bearbeitet. So konnte sich der EKA-Projektausschuss für seine Empfehlung jeweils auf eine inhaltliche, qualitative und finanzielle Würdigung des Projektes stützen. Bewilligt wurden die Projekte vom Bundesamt für Ausländerfragen (BFA) oder bei Gesuchen über 300'000 Franken vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD). Beide folgten dabei in allen Fällen den Empfehlungen der EKA.

Die Vielfalt der Aufgaben im Bereich Integration ist enorm. Eine Fokussierung auf einige Schwerpunkte drängte sich auf. Aus diesem Grund wurde durch die Vorsteherin des EJPD bereits vorgängig eine Prioritätenordnung erlassen. Diese gilt für die Jahre 2001 bis 2003 und diente bei der Beurteilung der Projekte als wichtigste Richtschnur. Genehmigt wurden insbesondere Projekte, die auf die Realisierung von konkreten Aktivitäten im Hinblick auf einen der vorgesehenen Schwerpunkte ausgerichtet waren:

1. Förderung der sprachlichen Kommunikationsmöglichkeiten: Sprach- und Integrationskurse.
2. Fort- und Weiterbildung von Schlüsselpersonen in der Integrationsarbeit.
3. Partizipation: die Förderung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in der Schweiz.
4. Spezielle Projekte und Aufträge auf nationaler Ebene.
5. Leistungsverträge für den Auf- und Ausbau von Ausländerdiensten
6. Leistungsauftrag zur Erarbeitung von Qualitätsstandards und Controllinginstrumenten.

Für die Schwerpunkte 1 - 4 wurden über 400 Projektgesuche eingereicht. Sie entsprachen einem Gesamtfinanzbedarf von rund 36 Mio. Franken. Für

die EKA bedeutete dies, dass die einzelnen Schwerpunkte weiter spezifiziert und durch zusätzliche Kriterien ergänzt werden mussten. Die entsprechenden Leitentscheide wurden an einer Pressekonferenz im Juli 2001 öffentlich bekanntgegeben und sind in einem auch auf der Website der EKA (www.eka-cfe.ch) einsehbar Bericht festgehalten. Die wichtigsten, voraussichtlich auch in Zukunft gültigen Grundsätze, betreffen beispielsweise die Entscheidungen, einerseits keine Projektbeiträge für Betriebsstrukturen zu sprechen und andererseits eine klare Abgrenzung vorzunehmen in Bezug auf Themen, für die auch andere staatliche Zuständigkeiten bestehen (Schule, Arbeitsintegration, Berufsbildung, etc.).

Wie aus der Tabelle «Mittelvergabe nach Schwerpunkten» ersichtlich ist, wird der für 2001 zur Verfügung stehende Kredit von 10 Mio. Franken vermutlich nicht ganz ausgeschöpft werden. Dies liegt insbesondere daran, dass in einigen Regionen die Voraussetzungen für einen Leistungsvertrag gemäss dem fünften Schwerpunkt noch nicht vorhanden waren. Zu beachten ist aber auch, dass viele Projekte mit einer grossen zeitlichen Verzögerung starten mussten und folglich 2001 keine ganzjährige Finanzierung brauchten. Für das Nichterreichen der Zielgrössen ist zudem die Tatsache bedeutsam, dass im Rahmen des zweiten Eingabetermines relativ betrachtet (aus inhaltlichen und qualitativen Gründen) deutlich weniger Mittel gesprochen werden konnten, weil die EKA für diese Projektgesuche die zuvor angewandten Kriterien nicht ändern durfte.

Bis Ende Oktober 2001 konnte für rund 200 Projekte (also fast 50 Prozent der eingereichten Gesuche) ein finanzieller Beitrag gesprochen werden. Diese Beiträge sind gegenüber den beantragten Finanzmitteln teilweise reduziert worden, und in vielen Fällen wurden sie erst nach einer ergänzenden und konkretisierenden Überarbeitung des Projektantrages festgelegt. Letztlich machten im Jahr 2001 alle einen grossen Lernprozess durch: sowohl die Projektpartner wie die EKA und das BFA. Der grosse Aufwand hat sich jedoch gelohnt. Der Start ist geglückt.

Integrationsprojekte in InterDialogos vorgestellt

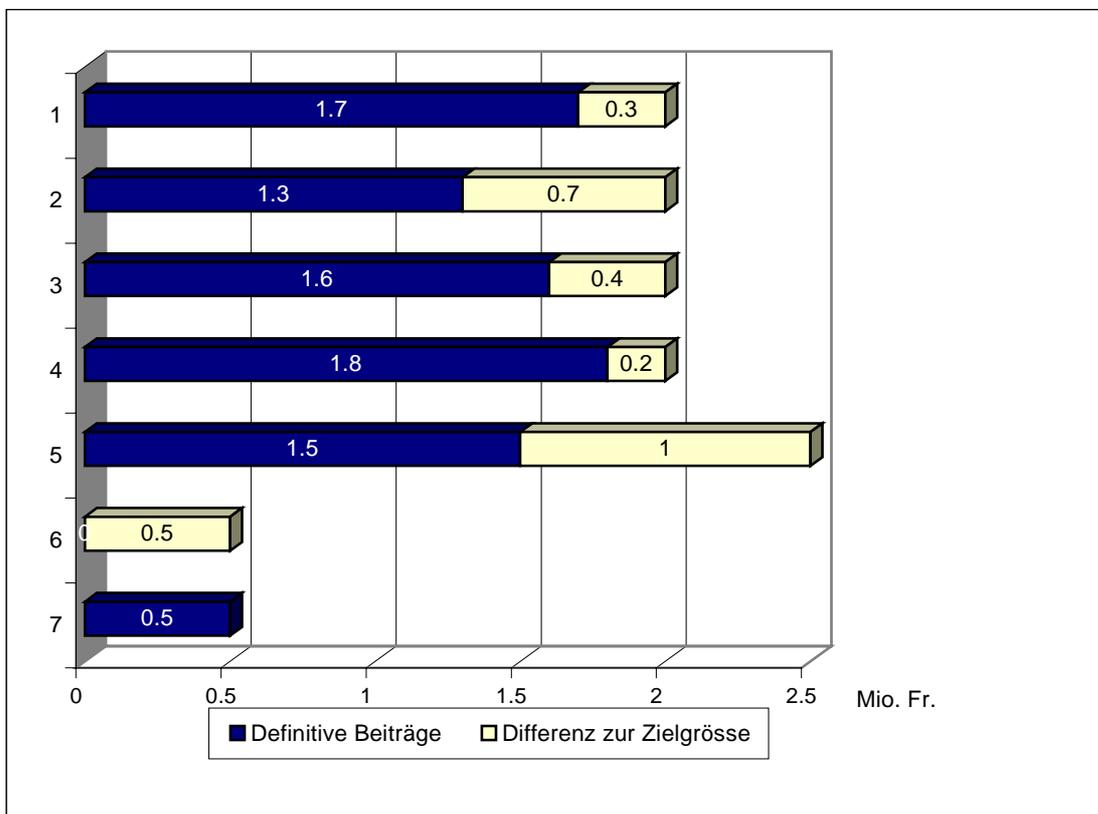
Die Zeitschrift InterDialogos hat die Ausgabe 2/01 schwerpunktmässig den vom Bund bewilligten Integrationsprojekten gewidmet. 16 Projekte werden näher vorgestellt.

Beim EKA-Sekretariat kann ein Exemplar bezogen werden.



Übersicht über die Vergabe der Fördermittel

Mittelvergabe nach Schwerpunkten



Legende: 1 Schwerpunkt sprachliche Kommunikation; 2 Schlüsselpersonen; 3 Partizipation; 4 Nationale Projekte und Projekte ausserhalb der Schwerpunkte; 5 Leistungsaufträge; 6 Qualitätsstandards; 7 Administration

Bemerkungen:

- *Die in der Grafik dargestellten Summen entsprechen dem Stand Ende November 2001. Das für Ende 2001 erwartete Total liegt bei ca. 9 Mio. Franken.*
- *Die Zielgrösse wurde zu Beginn des Jahres mit 11 Millionen Franken bewusst höher als der zur Verfügung stehende Kredit festgelegt, da davon ausgegangen werden musste, dass einzelne Schwerpunkte erst teilweise ausgeschöpft werden können. Die Administrationskosten waren bei der Zielgrössenfestlegung noch nicht berücksichtigt worden.*
- *Am deutlichsten verpasst (um über eine Million Franken) wurde die Zielvorgabe des fünften Schwerpunktes. Dies deshalb, da allen Kantonen (Regionen) das entsprechende Angebot zugänglich gemacht werden musste, an vielen Orten jedoch die nötigen Voraussetzungen – inkl. z.B. einer kommunalen Hauptfinanzierung – noch nicht vorhanden waren*

Mittelvergabe nach Kantonen

BEANTRAGT		Kanton	GENEHMIGT		Schwerpunkt 5
Anz.	Summe		Anz.	Summe	Leistungsauftrag
22	1'330'000	AG	12	316'000	nein
4	89'000	AR	2	4'000	nein
43	2'541'000	BE	17	325'000	100'000
3	420'000	BL	3	201'000	100'000
18	2'763'000	BS	12	628'000	100'000
10	527'000	FR	6	106'000	70'000
17	1'881'000	GE	7	181'000	nein
3	322'000	GL	2	22'000	nein
4	82'000	GR	2	32'000	nein
3	160'000	JU	1	3'000	nein
23	1'612'000	LU	10	244'000	120'000
10	489'000	NE	4	91'000	100'000
1	49'000	NW	0	0	via LU
15	793'000	SG	5	132'000	140'000
10	323'000	SH	6	112'000	nein
13	644'000	SO	6	179'000	80'000
2	78'000	SZ	1	28'000	50'000
1	20'000	TG	1	15'000	50'000
12	825'000	TI	5	130'000	nein
21	1'741'000	VD	9	362'000	120'000
9	517'000	VS	6	184'000	nein
8	726'000	ZG	5	122'000	50'000
108	6'239'000	ZH	47	1'004'000	360'000
67	10'450'000	CH	30	1'459'000	--
427	34'621'000	Total	199	5'880'000	1'440'000

Bemerkung: Unter „CH“ werden überregionale Projekte erfasst – Stand 31.10.2001
Die komplette Liste der bewilligten Projekte ist im Anhang zu diesem Jahresbericht aufgeführt.

Tagung mit Projektträgern

Der EKA war es ein Anliegen, die Träger aller eingereichten Projekte direkt über die Entscheidungsfindung zu informieren. Sie lud am 23. August 2001 zu einer Veranstaltung ein, die mit über 250 Teilnehmenden auf ein äusserst grosses Interesse stiess. Nach der Darlegung der Arbeitsweise und den allgemeinen Überlegungen wurden durch die Mitglieder des Projektausschusses in kleineren Workshops insbesondere die Grundsatzentscheide erläutert und zur Diskussion gestellt. Die Kommission erhielt so positive, wie auch kritische Rückmeldungen über die erste Ausschreibung und erfuhr von zusätzlichen Anliegen der verschiedenen Projektträgerschaften. Dies ergab wichtige Aufschlüsse für die Ausschreibung der Integrationsprojekte 2002. Beeindruckend an dieser Tagung war, wie die grosse Anzahl engagierter Leute eine hoffnungsvolle und zukunftsorientierte Stimmung verbreiten konnte.

Integrationsprojekte 2002

Auf den Eingabetermin für die Vergabe der Bundesbeiträge 2002 am 31. Oktober 2001 sind wiederum Finanzierungsgesuche für über 400 Projekte eingetroffen. Erfreulicherweise wurden aus einigen Regionen, die bei den Projekten 2001 schlecht oder gar nicht vertreten waren, nun Projektgesuche eingereicht. Insbesondere zeigt sich, dass die Informationsveranstaltungen der EKA in den Kantonen Genf und Tessin Wirkung zeigen. Es gibt aber immer noch Kantone, aus denen nur sehr wenige Projekte eingereicht wurden. Die Mehrheit der Entscheidungen über die Projektgesuche wird im Frühling 2002 erfolgen.

Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten

Das Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten (FIM) wurde im Jahr 2001 ins Leben gerufen, um auf nationaler Ebene eine gemeinsame Plattform der Ausländerorganisationen zu schaffen und so das Anliegen der Integration wirksam vertreten zu können. Die Vereinigung war aus einer Krise heraus entstanden, die im Verhältnis zwischen Ausländerorganisationen und Behörden bestanden und anfangs 2000 zum Rücktritt eines Teils der EKA-Mitglieder geführt hatte. Die EKA hat die integrationspolitische Bedeutung dieser Plattform von Beginn an anerkannt und sich für deren finanzielle Unterstützung ausgesprochen. Im Dezember 2001 konnte ein entsprechender Leistungsvertrag im Rahmen der Integrationsförderung abgeschlossen werden.

Veranstaltungen

Nationale Tagung zum Thema Bürgerrecht

«Das Bürgerrecht am Schnittpunkt der Identitäten» war der Titel der gemeinsamen Tagung von EKA und EKF (Eidgenössische Kommission für Flüchtlingsfragen) und EKR (Eidgenössische Kommission gegen Rassismus), welche am 29. Oktober im Hotel Bern stattfand. Im Vorfeld der parlamentarischen Diskussion über die Bürgerrechtsrevision (der Bundesrat hat die Gesetzesvorlage Ende November 2001 verabschiedet) war das

Interesse für das Thema Einbürgerung gross. Rund 150 Personen aus der Verwaltung, Vertreter regierungsunabhängiger Organisationen und zahlreiche Ausländerinnen und Ausländer waren der Einladung nach Bern gefolgt.

In seinem Referat ging *Cem Özdemir*, grüner Abgeordneter des deutschen Bundestages mit türkischer Abstammung, vor allem auf die neue Einbürgerungsregelung in Deutschland ein, die zwar die Wartefrist merklich verkürzt hat, aber z.B. kein Doppelbürgerrecht zulässt. Wer die deutsche Staatszugehörigkeit will, muss grundsätzlich seinen alten Pass abgeben. Mehrmals wies Cem Özdemir auf das Potential hin, welches Migrantinnen und Migranten für ein Land darstellen. Dieses gelte es zu nutzen.



Cem Özdemir

Eduard Gnesa, seit Oktober Direktor des Bundesamtes für Ausländerfragen, stellte in seinem «ersten Referat als Amtsdirektor des BFA» die wichtigsten Elemente der Bürgerrechtsreform vor:

- Erleichterte Einbürgerung für junge Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation (einheitliche Bedingungen in der ganzen Schweiz)
- Erwerb des Bürgerrechts mit der Geburt für Personen der dritten Generation (69 % der befragten Personen stimmten bei einer Meinungsumfrage dieser Regelung zu)
- Beschwerdemöglichkeit gegen Ablehnungen von Einbürgerungen durch die Gemeinde (mit dieser Regelung sollen sich Betroffene gegen Diskriminierung und Willkür wehren können)

Der Abstimmungskampf werde «alles andere als einfach werden», meinte Eduard Gnesa abschliessend. Denn Änderungen, welche die Rechtsstellung von Ausländern und Ausländerinnen betreffen, seien immer stark umstritten. Eine vertiefte Orientierung der Bevölkerung sei darum dringend.

Jede Einbürgerung hat ihre Geschichte, ihre Beweggründe, aber auch ihre Schwierigkeiten. Drei Betroffene erzählten an der Tagung kurz ihre Einbürgerungsgeschichte. *Emine Meral* ist Muslimin, lebt seit ihrem 10. Lebensjahr in der Schweiz und versteht sich mit ihrer Übersetzungstätigkeit als «Kulturvermittlerin im Integrationsbereich». «Ich plane meine Zukunft in der Schweiz», darum sei ihr die Schweiz auch Heimat. Vom Schweizer Pass verspricht sie sich Anerkennung. *Franco Basciani* erinnert sich nicht gerne an das Einbürgerungsverfahren, das nur wenige Jahre zurück liegt. Er empfand die Befragungen nach abonnierten Zeitungen, Freizeitbeschäftigungen oder politischen Ansichten als unzumutbar. Und die «Gebühr» von mehreren tausend Franken als «staatlichen Diebstahl». *Raul Luzolo Lembwadio* könnte man als «Ausnahme, welche die Regel bestätigt»,



Emine Meral



Raul Luzolo Lembwadio

bezeichnen. Ein Jahr nach seiner Einbürgerung wurde er 1996 in den Gemeinderat von Boudry gewählt. Heute ist er Gemeindepräsident – wahrscheinlich der einzige Schweizer Gemeindepräsident mit schwarzer Hautfarbe.

Im zweiten Teil der Bürgerrechtstagung konnten sich die Teilnehmenden in drei Arbeitsgruppen vertieft mit der Problematik Bürgerrecht beschäftigen; und zwar mit deren historischer und ethnologischer Dimension sowie mit einem internationalen Vergleich.

Über andere Aktivitäten der EKA im Bereich Bürgerrecht orientiert der Abschnitt «Migrations- und Integrationspolitik», Seite 2.

EKA-Sekretariat

Personelles und Struktur

Die personelle Zusammensetzung des EKA-Sekretariats hat sich im Verlauf des Jahres 2001 stark verändert.

Im August 2000 war ad interim eine Co-Leitung des Sekretariats eingesetzt worden, welche Alexandra Richter und Christof Meier übertragen wurde. Alexandra Richter, der an dieser Stelle für ihr Engagement herzlich gedankt sei, verliess die EKA Ende Januar 2001. Im Mai 2001 übergab Christof Meier die Leitung an den gewählten Sekretär, Mario Gattiker.

Von Mai bis Dezember erfolgte ein personeller Ausbau von 7 auf 15 Mitarbeitende (12 Stellen).

Christof Meier obliegt seit Mai 2001 die Leitung des neu geschaffenen Dienstes Integrationsförderung, welcher für die Bearbeitung der bei der EKA eingereichten Projekte und Leistungsverträge aus der Integrationsförderung zuständig ist. Für die Arbeiten im Zusammenhang mit der Integrationsförderung traten im Verlaufe des Jahres zusätzlich Christa Berger Hoins, Prosper Dombebe, Simone Gretler Heusser, Pascale Steiner und Adrian Linder ins EKA-Sekretariat ein.

Die neu geschaffene Stelle «Grundlagen» wurde mit Simone Prodoliet besetzt, als Informationsbeauftragte wurde Elsbeth Steiner angestellt. Schliesslich konnte anfangs Dezember Lea Pauli für allgemeine Sekretariatsarbeiten eingestellt werden.

Eine vollständige Liste der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter findet sich im Anhang zu diesem Bericht.

Die Räumlichkeiten des Sekretariats befinden sich seit dem 1. Mai 2001 am Quellenweg 9 in Bern-Wabern, wo auch das Bundesamt für Ausländerfragen domiziliert ist.

Neuausrichtung des Sekretariats und Sektion Integration

Seit Mitte der Neunziger Jahre hat sich die «Integrationslandschaft Schweiz» stark verändert: Zu erwähnen sind etwa die gestiegene Bedeutung der Integration auf Bundesebene durch den Integrationsartikel im Ausländergesetz (Art. 25a ANAG), das Fertigstellen des Integrationsberichts der EKA und die administrative Eingliederung des EKA-Sekretariats ins Bundesamt für Ausländerfragen, die abgeschlossenen oder angelaufenen Leitbildprozesse in zahlreichen Kantonen und Städten mit dem Aufbau entsprechender Strukturen für die Integration, oder die Zusammenarbeit mit den Ausländerorganisationen, welche mit dem «Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten» FIM in diesem Jahr einen Dachverband gegründet haben. Diese Veränderungen im Umfeld der EKA machten es erforderlich, die Aufgaben und Funktion des EKA-Sekretariats zu überprüfen und neu auszurichten.

Zu diesem Zweck hat die neue Sekretariatsleitung in Absprache mit dem Präsidium der EKA im Juni 2001 einen internen Strategieprozess eingeleitet. Während sich gewisse Aufgabengebiete des Sekretariats direkt aus dem Mandat der Kommission (Art. 4 ff. der Integrationsverordnung) ableiten, sind insbesondere die bisherigen Fachgeschäfte des Sekretariats zu überprüfen und entsprechende neue Schwerpunkte zu setzen. Mit dem Memorandum vom 13. September 2000 zwischen BFA und EKA über die künftige Zusammenarbeit in Integrationsfragen wurden dem EKA-Sekretariat auf vorläufiger Basis (das Memorandum ist auf 2 Jahre befristet) auch die Aufgaben einer Sektion Integration des BFA übertragen. Diese gilt es ebenfalls zu definieren. Der Prozess der Aufgabenbestimmung und -zuteilung von Sekretariat und Sektion wird im März 2002 abgeschlossen sein.



An der Seite von Präsidentin Rosemarie Simmen leitete Mario Gattiker ab Mai 2001 das EKA-Sekretariat.

Fachgeschäfte des Sekretariats

Auf nationaler Ebene steht das Sekretariat der EKA in regelmässigem Kontakt mit Ausländerorganisationen, mit der Migrantenpresse, mit Ausländerdiensten, mit Beratungsstellen und Religionsgemeinschaften.

Das Sekretariat führt seine grosse Dokumentation zu Themen der Ausländerpolitik weiter und stellt es Mitgliedern der Kommission wie Aussenstehenden gerne zur Verfügung. Es erteilt Auskünfte und verschickt verschiedene Publikationen (aktuelle Liste der Publikationen im Anhang).

Seit der administrativen Eingliederung des Sekretariats in das Bundesamt für Ausländerfragen wird das Sekretariat regelmässig in Ämterkonsultationen zu Erlassen und der Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen miteinbezogen. Das Sekretariat erarbeitete entsprechende Stellungnahmen im Bereiche des Ausländer- und des Asylrechts, zum Bürgerrecht oder im Bereiche des Rassismusbekämpfung.

Präsidium und Sekretariat der EKA beschäftigten sich im Sommer auch intensiv mit dem im Kosovo ausgestellten Identitätsausweises der UNO-Verwaltung (UNMIK). Die Verhandlungen mit dem Bundesamt für Ausländerfragen führten zu einer pragmatischen Lösung, wonach das Dokument auch für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung anerkannt wird. Dies bedeutet für viele der hier lebenden Kosovo-Albanern eine grosse Erleichterung im Alltag.

Einige der vom Sekretariat betreuten Fachgeschäfte werden im Folgenden vorgestellt.

Projekte

EKA-Lehrstellenprojekt BZM

Das Projekt der Eidgenössischen Ausländerkommission zur Verbesserung der beruflichen Zukunft junger Migrantinnen und Migranten, welches 1998-2000 durchgeführt wurde, zeigte, dass seitens der ausländischen Eltern nach wie vor ein grosses Bedürfnis an Informationen über Schul- und Berufsbildungssysteme besteht. Die im Laufe des Projektes hergestellten Kontakte mit Personen aus den albanisch-, bosnisch-, kroatisch-, makedonisch-, portugiesisch-, serbisch-, spanisch- und türkischsprechenden Gemeinschaften haben ein solides Fundament für künftige Aufklärungsarbeit im Berufsbildungsbereich geschaffen.

Die EKA erachtete es deswegen als sehr wichtig, in einem Folgeprojekt dieses Netz von Schlüsselpersonen (Lehrkräfte der Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur, sozial engagierte Gemeinschaftsmitglieder, Seelsorger, Imame) nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern zu erweitern. Gleichzeitig sei es unentbehrlich, die durch das Projekt entstandenen Kontakte mit den lokalen Berufsberatungsstellen zu pflegen und zu verstärken sowie sie auf die lokalen oder regionalen Ausländerdienststellen auszuweiten.

Anfangs Jahr reichte die EKA beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie ein entsprechendes einjähriges Projekt ein, welches im Rahmen des Lehrstellenbeschlusses 2 vom Bundessamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) finanziert wird und von April 2001 bis März 2002 dauert. Vom Sekretariat arbeiten an diesem Projekt Ana Maria Witzig-Marinho und Biljana Käser.

Ziel des neuen Projektes ist es, ein Kontaktnetz zu schaffen, welches die Zusammenarbeit von Organisationen und Personen, die auf verschiedenen Ebenen mit der Berufsbildung junger Migrantinnen und Migranten konfrontiert sind, ermöglicht und fördert. Dadurch soll eine bessere Information der ausländischen Gemeinschaften über das Schweizer Schul- und Berufsbildungssystem und eine bessere berufliche Zukunft für die jungen Migrantinnen und Migranten erreicht werden.

In einer ersten Phase wurden ausländische Organisationen, Schlüsselpersonen und Ausländerdienststellen über das Projekt informiert. An einer Austauschtagung im Juni präsentierten und diskutierten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Kreise – ausländische Jugendliche, HSK-Lehrkräfte, Berufsberaterinnen, Mediatoren, Ausländerdienste, Schweizer

Schule – ihre Standpunkte. Die daraus entstandene zweisprachige Publikation (Deutsch und Französisch) kann beim Sekretariat bestellt werden (siehe Anhang).

In der zweiten Phase wurden pro Region (Bern, Zürich und Lausanne) je zwei Seminare für Schlüsselpersonen durchgeführt. Im ersten Seminar wurden Themen wie die Berufsbildung in der Schweiz, das neue Berufsbildungsgesetz, die Berufswahl und die Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Informationen im Internet behandelt. Jugendliche in der Lehre: Rechte und Pflichten, die Rolle und die Erwartungen der Lehrmeisterin/des Lehrmeisters; junge Frauen in der Ausbildung und in der Arbeitswelt: aktuelle Situation und Unterstützungsmöglichkeiten waren die Themen des zweiten Seminars. Die spezifische Problematik ausländischer Jugendlicher in der Berufsbildung zog sich als roter Faden durch die beiden Seminare. Das Projekt BZM 2 stiess auf grosses Interesse. Es beteiligen sich daran rund 150 sehr engagierte Schlüsselpersonen aus 20 Ländern.

Alter und Migration

«Wir riefen Arbeitskräfte», schrieb einst Max Frisch, «und es kamen Menschen». Und viele dieser Menschen sind geblieben, haben jahrzehntelang hier gearbeitet und sind hier alt geworden. Sie müssen eine schwere Entscheidung treffen, wenn der Zeitpunkt der Pensionierung näher rückt. Sollen sie hier bleiben oder ins Land der Kindheit zurückkehren? Die Erfahrung zeigt, dass diese Fragestellung unvollständig ist, denn es gibt eine dritte Möglichkeit: Pendeln. Und Befragungen zeigen, dass die drei Möglichkeiten in etwa gleicher Masse genutzt werden. Wer sich mit der Integration von Ausländern und Ausländerinnen befasst, muss sich zunehmend auch mit den Fragen pensionierter Migranten beschäftigen. Alter und Migration ist dementsprechend zu einem Schwerpunktthema innerhalb der Eidgenössischen Ausländerkommission geworden.

Um dem Informationsbedürfnis dieser Ausländergeneration Rechnung zu tragen, hat die EKA 2001 in Zusammenarbeit mit Pro Senectute und dem Migros Kulturprozent drei informative Broschüren geschaffen. Sie stellen auf bildhafte und anschauliche Art Rechte, Pflichten und Möglichkeiten pensionierter Migrantinnen und Migranten dar. Der Fotoroman «Heimweh» zeigt summarisch die drei Varianten «Bleiben – Gehen – Pendeln» auf, das persönliche Dossier «Pensio-



nierung» und das Büchlein «Vorbereitung auf die Pensionierung» bieten konkrete Hilfestellung z.B. für das neue Budget im Pensionsalter oder bei Gesundheits- oder Wohnproblemen. Die drei Broschüren sind momentan erhältlich in den Sprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch; weitere Sprachausgaben sind in Vorbereitung. Die Nachfrage nach den Broschüren vor allem in italienischer und spanischer Sprache war so gross, dass bereits eine zweite Auflage nötig wird.



Das Informationsangebot zum Thema Alter und Migration wird von der EKA mit einem Newsletter und einer Website ergänzt. Sowohl Newsletter (Alter&Migration) wie auch das Angebot auf dem Internet (www.altermigration.ch) werden in Zusammenarbeit mit Migros Kulturprozent und Pro Senectute betreut und sind selbstverständlich mehrsprachig.

Mittlerrolle

Religiöse Betreuung

Die religiöse Betreuung der in der Schweiz lebenden Muslime hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die Zulassung der Geistlichen ist in der Begrenzungsverordnung des Bundesrates geregelt. Die EKA, bzw. das Kommissionssekretariat als beratendes Fachgremium nimmt dabei zu den Bewilligungsbegehren jeweils Stellung. Die damit verbundenen Tätigkeiten wurden im Jahresbericht 2000 relativ ausführlich dargestellt. Leider ist es auch in diesem Jahr nicht gelungen, eine Gesamtregelung für die Zulassung serbisch-orthodoxer Priester zu treffen. Zwar zeichnete sich zwischenzeitlich eine Einigung ab. Doch der Konflikt der serbisch-orthodoxen Gemeinden mit dem für sie zuständigen Bischof über die Berufung und Abberufung von Priestern konnte bis Ende 2001 nicht beigelegt werden. Die Verhandlungen gehen weiter.

Heimatliche Sprache und Kultur

Gute Kenntnisse der eigenen Sprache sind eine Voraussetzung, um sich in einem anderen Land zu integrieren. Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur sind für ausländische Schülerinnen und Schüler notwendig und vielfach gut eingeführt. Sie werden in den meisten Fällen von den Botschaften organisiert und durch die Herkunftsländer finanziert. Die entsprechenden Bewilligungsverfahren, in die auch die EKA einbezogen ist, verlaufen in der Regel reibungslos. Die Probleme bei den Arbeitsbedingungen jugoslawischer Lehrkräfte konnten im Berichtsjahr behoben werden, da die neue Regierung in Belgrad dem heimatssprachlichen Unterricht grosse Bedeutung beimisst. An einem Gespräch mit einer Delegation des jugoslawischen Erziehungsministerium wurde eine neue Regelung in Aussicht gestellt. Alle ihre Lehrerinnen und Lehrer, die im Ausland unterrichten, werden 2002 zu einer obligatorischen Weiterbildung verpflichtet.

Externe Arbeitsgruppen

Die Mitglieder des Sekretariats haben im Laufe des Jahres 2001 in verschiedenen Arbeitsgruppen aktiv mitgewirkt. Einige Beispiele: Interdepartementale Arbeitsgruppe «Gegen Rassismus und für Menschenrechte», Treffen der kantonalen und städtischen Integrationsbeauftragten, Tripartite Agglomerationskonferenz, Strategiegruppe «Migration und Gesundheit», Begleitgruppe «Baukastensystem Schweiz» (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie), Arbeitsgruppe «Ausbildungs- und Qualitätsstandards für das Sprachmitteln im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich» der Schweiz. Interessengemeinschaft Interpret.

Information / Kommunikation

Informationsmässig war 2001 ein reichbefruchtetes Jahr für die Eidgenössische Ausländerkommission. Am ersten Arbeitstag im Januar fand die erste Presseorientierung statt. In der umfangreichen Berichterstattung wurde der Schwerpunkt auf die Vorschläge für eine erleichterte, bzw. automatische Einbürgerung der zweiten und dritten Ausländergeneration gelegt; dazu ein paar Zeitungstitel: «Direkter Zugang zum Schweizer Pass», «Un pas généreux vers l'intégration» oder «Nés pour être Suisses» waren einige der Artikelüberschriften am 4. Januar. Mehrere Zeitungen gingen in ihren Kommentaren auf die «Aufbruchstimmung für Ausländerintegration» oder den «Neustart mit Paukenschlag» ein. Im Juli wurde der umfangreiche Bericht über die Vergabe der Finanzbeiträge 2001 im Rahmen der Integrationsförderung der Öffentlichkeit vorgestellt. Auch diese Informationen stiessen bei den Schweizer Medien auf grosses Interesse. Zum Thema «Sans Papiers» orientierte die EKA-Präsidentin am 28. August über die entsprechenden Vorschläge der Kommission, insbesondere über den Vorschlag der Schaffung von Ombudsstellen in den Kantonen. Die vierte Pressekonferenz des Jahres schliesslich fand am 18. Dezember statt: Rosemarie Simmen hielt Rückschau auf ihre Zeit als EKA-Präsidentin und beleuchtete den Entwicklungsstand und den Stellenwert der Integrationspolitik in der Schweiz.

Die meisten Mitarbeitenden im Sekretariat leisteten neben ihrer angestammten Tätigkeit auch Informationsarbeit. Künftig wird der grössere Teil dieser Aufgaben von der Informationsbeauftragten Elsbeth Steiner wahrgenommen werden. Dazu wird auch die Realisierung einer eigenen Website gehören.

Publikationen

Drei neue Publikationen hat die Eidgenössische Ausländerkommission im Jahr 2001 herausgegeben oder mitfinanziert:

1. 3 Informationsbroschüren zum Thema Pensionierung für Migrantinnen und Migranten
2. Verbesserung der beruflichen Zukunft junger Migrantinnen und Migranten; eine Sammlung von Referaten anlässlich einer Austauschtagung im Juni 2001, 55 Seiten, deutsch/französisch.

3. Interdialogos 2/01: Projekte zur Integration. Die seit 1998 bestehende, mehrsprachige Zeitschrift für «Soziales Engagement und Bildung in einer plurikulturellen Umwelt» hat ihre jüngste Ausgabe den Integrationsförderungsprojekten gewidmet. 16 Projekte werden vorgestellt. Die Interdialogos-Ausgabe selber ist das 17. Projekt. 58 Seiten, deutsch/französisch/italienisch.

Eine Übersicht über alle aktuellen, bei der EKA erhältlichen Publikationen bietet der Anhang, Seite 2.

Anhang

Mitglieder der Kommission

Simmen Rosemarie, Alt-Ständerätin Solothurn, Präsidentin
Schmid Walter, Dr., Vize-Präsident, Winterthur
Rüdeberg-Pompei Anna Dr. med., Vize-Präsidentin (*seit Mai 2001*)
sowie Vertreterin Coordinamento nazionale dei COMITES, Wabern
Bodruzic Tonka, Sozialarbeiterin, kroatische Vertreterin
Bourquin Sébastin, représentant Fédération suisse des employés,
Neuchâtel
Chevallay Frédéric, représentant Association des chefs de police cantonale
des étrangers, Lausanne
Cunha Antonio, Prof., représentant Fédération des associations
portugaises de Suisse, Lausanne
Fguiri Kais, Tunisien, assistant social, Salins/VS
Davies Ayawo Elsa, Vertreterin Schweizerische Bischofskonferenz, Baden
Grüninger Rudolf, Dr., Vertreter Schweiz. Verband der Bürgergemeinden
und Korporationen, Basel
Hefti Daniel W., Dr., Vertreter Schweiz. Arbeitgeberverband, Zürich
Horber Rudolf, Dr., Vertreter Schweiz. Gewerbeverband, Bern
Kiefer-Vargas Vivian, Philippinin, medizinische Laborantin, Basel
Kramer Urs, Vertreter Erziehungsdirektoren-Konferenz EDK, Bern
Krasniqi Gjyle, Kosova, Sozialarbeiterin, Luzern
Kuhn Marie-Theres, Vertreterin Verband Schweizerischer Arbeitsämter,
Basel (*seit Oktober 2001*)
Montaluisa Vivas Juan Rodrigo, Ecuadorianer, économiste, Genève
Moresi Gianni, Vertreter Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz,
Breganzona
Pacheco Mariano, Vertreter Gewerkschaft Bau und Industrie, Zürich
Pereira Fleischlin Carmen, Brasilianerin, Lehrerin, Zürich
Prince Jean-Claude, représentant Union syndicale suisse, Berne
Ruckstuhl Liana, Stadträtin, Vertreterin Schweizerischer Städteverband,
St. Gallen
Sanchez Peres Bernardino, Vertreter d. Vereinigung der Spanierinnen und
Spanier in der Schweiz, Adetswil/ZH
Schatzmann Monika, Vertreterin Schweiz. Bauernverband, Hausen/AG
Sgier Giosch Anton, Stadtammann, Vertreter Schweiz. Gemeindeverband,
Arbon/TG
Torche Denis, représentant Confédération des syndicats chrétiens de
Suisse, Berne
Welti Myrtha, Vertreterin alliance F, Bund Schweizerischer Frauenorgani-
sationen, Zürich
Yürütücü Hatice, Vertreterin Türkische Gemeinschaft Schweiz, Zürich

Rücktritte:

Barbara Affolter, Vertreterin Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund,
Bern (bis Juni 2001)
Roger Piccand, représentant Association des offices du travail, Lausanne
(bis Mai 2001)

Mitglieder mit Beobachterstatus:

Alberto Achermann, Vertreter Schweiz. Flüchtlingshilfe, Bern
Burger Christina, Vertreterin Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund,
Basel

Die aktuelle Amtszeit der EKA dauert von 2001 bis 2003.

Sekretariat der Kommission

Gattiker Mario, Sekretär EKA und Chef Sektion Integration BFA
Meier Christof, stv. Sekretariatsleiter, Koordinator Intergrationsförderung
Sütterlin Paul, stv. Sekretariatsleiter

Béchon Silvana, administration et documentation
Berger Hoins Christa, Integrationsförderung
Descloux Irene, Allgemeine Aufgaben
Dombelle Prosper, Promotion de l'intégration
Gretler Heusser Simone, Integrationsförderung
Käser Biljana, Schule und Berufsbildung
Linder Adrian, Integrationsförderung
Pauli Lea, Administration
Prodoliet Simone, Grundlagen
Steiner Elsbeth, Information
Steiner Pascale, Integrationsförderung
Witzig-Marinho Ana Maria, Schule und Berufsbildung

Die 15 Mitarbeitenden teilen sich 12 Stellen.

Stand 31.12.2001

Publikationen

Förderung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern

- Schwerpunktprogramm für die Jahre 2001-2003, Prioritätenordnung, erlassen vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
- Richtlinien für Projektanträge, Beitragsjahr 2002 (Gesuchseingabe, Prüfungsverfahren, Berichtswesen, Zahlungsmodalitäten (BFA))
- Raster für die Projektdarstellung, Beitragsjahr 2002 (BFA)

NEU

Sonderausgabe von «InterDialogos» mit ausführlicher Beschreibung von 16 Projekten zur Integrationsförderung

Herausgegeben von der Association Interdialogos, Neuchâtel
58 Seiten, deutsch/französisch/italienisch

NEU

Verbesserung der beruflichen Zukunft junger Migrantinnen und Migranten

Die Referate einer Austauschtagung im Juni 2001
56 Seiten, deutsch/französisch

NEU

Informationsbroschüren zum Thema Pensionierung für Migrantinnen und Migranten

Heimweh, Fotoroman
Pensionierung, ein persönliches Dossier
Vorbereitung auf die Pensionierung
Erstellt in Zusammenarbeit mit Pro Senectute Schweiz und Migros Kulturprozent
Erhältlich in den Sprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch

NEU

«Was nach der Schule?»

1999, in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verband für Berufsberatung SVB im Rahmen des BZM-Projekts.

Erhältlich in den Sprachen: Deutsch, Albanisch, Bosnisch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Kroatisch, Mazedonisch, Portugiesisch, Serbisch, Spanisch, Tamilisch, Türkisch.

«Binationale Ehe»

1993, überarbeitet 1998; verschiedene Sprachen.

«Deutsch für Portugiesen» und «Deutsch für Albaner»

Didaktisches Material. Die Hefte, die schon vor einigen Jahren herausgegeben wurden, sind immer noch aktuell und werden oft bestellt.

Alle Publikationen können bestellt werden bei:

Sekretariat EKA, Quellenweg 9, CH – 3303 Bern-Wabern
eka-cfe@bfa.admin.ch, Tel. 031 325 91 16

Die Broschüren zum Thema Pensionierung sind zu bestellen bei der EDMZ, 3003 Bern

Liste der Projekte Integrationsförderung 2001

*		Schwerpunkt 1 Sprachliche Kommunikation	
124	AG	ECAP: Kurs für Frauen	25'000
133	AG	machBar: MuKi-Deutsch	84'000
149	AG	ENAIIP: Sprachkurse	40'000
187	AR	Privat: Deutsch für fremdsprachige Frauen	1'000
188	AR	PG Waldstatt: Deutsch für fremdsprachige .Frauen	3'000
143	BE	Alban. Zentrum: Alba Mater	30'000
146	BE	Vereinig. f. Beratung (VBG): Kurs für tamilische Frauen	9'000
151	BE	ISA: Orientierungskurse	20'000
336	BE	VBG: türkische Frauengruppe	6'000
121	BL	Ausländerdienst (ALD): Frauenbildung	45'000
189	BL	Stadt Liestal: Deutschkurs	6'000
109	BS	Verein Johanna: Lernen im Park	104'000
135	BS	K5: Kurse für Neuzuzügerinnen	51'000
158	BS	ECAP: Deutschkurse	20'000
159	BS	ECAP: Deutsch und Information	33'000
177	BS	Verein der Aleviten: Deutschkurs	8'000
816	BS	Türk. Arbeiterverein: Sprachkurse	30'000
157	CH	GBI: Sprachkurse	30'000
876	CH	Bosn. Kulturver. Sprachkurse	23'000
139	FR	espacefemmes: cours de langue	50'000
168	FR	Gemeinde Wünnwil: Deutschkurs	4'000
710	FR	Assoc. Lire et Ecrire: cours d'alphabét.	17'000
828	FR	Ecole Jug.V Romont: cours	9'000
115	GE	UPA: cours pour femmes alb.	15'000
883	GE	CAMARADA: cours de langue	35'000
106	GL	Frauzentrale: Sprachkurse	12'000
895	GL	TEEDOR: Diverse Projekte für Tamilen	10'000
118	GR	Filipinazentrum: Sprachkurse	17'000
882	JU	Ville de Delémont: cours de langue	3'000
108	LU	Kriens: Sprachkurse	5'000
110	LU	FABIA: Sprachkurse	60'000
145	LU	CIFL-ENAIIP: Frauenkurs	40'000
161	LU	CARITAS: Frauenprojekt	28'000
175	SG	BILANG: Deutsch und Information	50'000
102	SH	SAH: Kurse Migranten	13'000
103	SH	SAH: Kurse Migrantinnen	23'000

140	SH	Begegnungszentrum: Deutsch mit euch	17'000
104	SO	Gerlafingen: Integrationskurse	25'000
150	SO	SAH/ECAP: Lernen in der Gemeinde	25'000
162	SO	Türk. Org. TOAB: Sprachkurse	11'000
134	SZ	Grüezi: Mütter und Kinder	28'000
105	TG	Stadt Frauenfeld: Sprachkurse	15'000
160	VD	POLE SUD: cours de langue	50'000
186	VS	OSEO. Cours de Français/Intégration	46'000
738	VS	CSI: cours français + div	30'000
748	VS	Espace interculturel Sierre: div.	10'000
137	ZG	Baar/Zug: Integrations-Sprachoffensive	66'000
101	ZH	Heks: Deutsche Konversation	25'000
107	ZH	Thalwil: Sprachkurse	8'000
117	ZH	Alb. Org. Perparimi: Frauenförderung	30'000
119	ZH	Jugendsekr. Bülach: Kurse in Kloten	8'000
123	ZH	Adliswil: Konversationsgruppe	11'000
125	ZH	SMUV: Pilotprojekt	18'000
141	ZH	GZ Buchegg: Mundart für Mütter	5'000
153	ZH	GZ: Lernen im Park	8'000
155	ZH	Jugendsekr. Horgen: Deutschkurse	4'000
156	ZH	Quartiertreff Enge: Sprachkurs	9'000
165	ZH	World Tamil: Sprachkurse	14'000
167	ZH	SAH:Alphabetisierung	60'000
176	ZH	Schuldep. Zürich: Elternkurs	20'000
179	ZH	Jug'sekr. Dielsdorf: Deutsch für Mütter	6'000
183	ZH	FEMIA: Alphabetisierung	30'000
190	ZH	Croatia.ch: Sprachkurs Frauen	3'000
322	ZH	Bülach: Sprachkurse	30'000
349	ZH	KANZBI: Sprachkurs für Mütter	16'000
832	ZH	Schweiz.-arab. Kulturzentrum	25'000
860	ZH	Basketball Korac: Deutschkurs	10'000
864	ZH	SPE: Kurse für Frauen	15'000

* Die Zahlen in der 1. Kolonne geben die Projektnummer an. Mit Hilfe dieser Nummer können zusätzliche Auskünfte zu einzelnen Projekten erteilt werden.

		Schwerpunkt 2 Weiterbildung von Schlüsselpersonen	
206	AG	Caritas: Infoblatt „da&dort“	19'000
251	AG	Caritas: Schulung MediatorInnen	8'000
204	BE	Z5: Dachorg. HSK	17'000
207	BE	Muri: Projekt Kulturvermittlung	25'000
208	BE	Biel: Verm. Elternhaus Schule	15'000
225	BE	SRK: Unterstützung Ausländerorg.	15'000
230	BE	VEB/ED: Kurse f. Kulturvermittler	55'000
256	BE	Formazione: SeniorInnen erzählen...	20'000
205	BS	CSERPE: corso per animatori gruppi giovanili	30'000
219	CH	Caritas: Ausb. Dolmetscher/Mediatoren	189'000
226	CH	CNG: Ausbildung Schlüsselpers.	30'000
233	CH	Albamig: Ausbildung alb. Schlüsselpers.	48'000
234	CH	FEMAES: Schlüsselpersonen Alter	5'000
235	CH	Pro Senectute: Fortbildungskurse	98'000
239	CH	GBI: Mediatoren Betrieb	36'000
242	CH	FAPSR: Fortbildungskurse	9'000
244	CH	ACLI: Fortbildungskurse	24'000
248	CH	NCBI: Fortbildungskurse	35'000
258	CH	FEMAES: Fortbildungskurse	12'000
355	CH	C.Scuola Famiglia: Partizipation	25'000
808	CH	Naim Frasherli: Fortbildung HSK-Lehrkr.	39'000
751	FR	Escuela Latinoamericana: Fortbildung	10'000
209	GE	UPA: formation respons. associatifs	13'000
203	LU	FABIA: Bildung für Elternarbeit	24'000
260	LU	AIKA: Ausbildungslehrgang	18'000
314	LU	ShoqataDrini: Fortbildung AnimatorInnen	25'000
217	NE	BDE: formation	5'000
263	SG	INDUME: Integration durch Mediation	23'000
264	SG	IFOR: Kurse "Miteinander"	20'000
211	SH	Kontaktstelle: freiw. Sozbegleitung	14'000
801	SH	SAH: Interkulturelle Mediation	25'000
212	SO	Fachstelle int. Komm.: Fortbildung	18'000
872	SO	SRK Olten: Gesundheitszentrum	30'000
228	TI	Opera Prima: Donne tra valori, ruoli, cult.	25'000
737	TI	SOS: InterAgire (DERMAN)	25'000
896	TI	SPAI: Alpentransit Süd	25'000
236	VS	Kant. Kommission: "Kulturpatin"	18'000
776	ZG	Amt für Schulen: MediatorInnen ZG	25'000
210	ZH	Dielsdorf: Kontaktnetz	12'000
213	ZH	MV: Chancengl. Mietrecht	30'000
221	ZH	Kulturverm. Zürcher Oberland	15'000
222	ZH	ECAP: Arbeitswelt	48'000
223	ZH	SAH: Schlüsselpers für Jugendliche	25'000
237	ZH	Thai Frauen: Schlüsselpersonen	3'000
818	ZH	Treffpunkt Schwarze Frauen: div.	30'000
891	ZH	Tuluyang Pinoy: Beratungsz. Filipinas	15'000

		Schwerpunkt 3 Partizipation	
265	AG	Mult.kult-Jug.parl:Kulturfest Aarau	6'000
307	AG	Caritas: Rahmenpr. Ausst. Rheinfelden	22'000
317	AG	Caritas: Rahmenpr. Ausst. Zofingen	20'000
333	AG	Aarau: Telli-Quartier, div	20'000
784	AG	machBar: Chat-forum Jugendliche	10'000
805	AG	Baden: Projekt KombiNation	52'000
339	BE	EFFE: "Travailler" situation migrat.	20'000
369	BE	Formazione: „Facciamo“	20'000
746	BE	Verein Eltern & Bildung: Elternabende	3'000
829	BE	TOJ: offene Jugendarbeit	30'000
848	BE	Zentrum 5:Kinder- u. Jugendarbeit	6'000
315	BS	Modellprojekt Planungszelle	81'000
823	BS	Treffpunkt alb. sprechende Frauen	22'000
871	BS	Alb. Beratungsstelle: div.	19'000
311	CH	Pfadi: Integrationsprojekt	32'000
340	CH	ACLI: Informazione e partezipazione	10'000
354	CH	FAPSR: Infos für Eltern	9'000
853	CH	WATS: Informationsanlässe	12'000
371	FR	CCSI:Info + Partizipation	16'000
308	GE	UPA: cours d'instruction civique	15'000
887	GE	VILLE D'ONEX: div.	40'000
365	LU	AIKA: Mit Frauenthemen bewegen	3'000
791	LU	SAH: Migrationszentrum Co-Opera	25'000
323	NE	BDE: formule d'accueil	53'000
367	NE	Inter Nos: festivités interculturelles	20'000
731	NE	BDE: connaissance du monde	13'000
835	SH	Alb. Gemeinschaft: div.	20'000
148	SO	Stadt Olten: Kurse + div.	70'000
261	TI	Kt: Elternbildung/Berufswahl	22'000
147	VD	Ech. arabo-suisse: tables rondes	25'000
301	VD	mus.hist.: vivre ensemble	40'000
353	VD	POLE SUD: part. fêtes nationales	6'000
806	VD	Renens: anim. bibliothèque intercult.	29'000
817	VD	Appartenance: Partenariat	80'000
897	VD	Renens: Animations Enfants-Mères	15'000
313	VS	Martigny: le bus (animation sociocult.)	50'000
316	VS	Monthey: espace interculturel	30'000
337	ZG	Intergrationsnetz ZG: Kultur 01	15'000
350	ZG	CM: Veranstaltungen in Gemeinden	10'000
305	ZH	Infodona: Cafédona	15'000
310	ZH	Wohnintegrationsnetz Unteraffoltern	16'000
318	ZH	Caritas: Kontaktnetz URAT	50'000
325	ZH	ASK: Kultimedia	75'000
326	ZH	Oberland: Elternbildung	50'000
330	ZH	GZ Bachwiesen: Partizip. im Quartier	25'000

Schwerpunkt 3 Partizipation			
338	ZH	Grupo Acao: Verant. Brasilianer.	2'000
366	ZH	GemeinwesenLetzi: Kinderpartizipation	10'000
368	ZH	Inura: Partizipation Kreis 5	14'000
373	ZH	FEMIA:Elternbildung mit Mütter	10'000
794	ZH	Thai-Frauen: Broschüre	10'000
813	ZH	Perparimi: Elternschulung	30'000
824	ZH	V Domicil: Wohnkultur	80'000
843	ZH	Dance Motion: Tanzplattform	4'000
881	ZH	Ev./ref. Landeskirche: Friedens erziehung OstafrikanerInnen	30'000

Schwerpunkt 4: Nationale Projekte			
788	AG	MigrantInnenRaum: div.	10'000
778	BE	ISA: Integrationstheater	24'000
866	BE	Oberaargau/Emmental: Sprach- + Kulturvermittlung	10'000
761	BS	Projektgr. Husejin Akin.: Filmprojekt	80'000
803	BS/BL	Streit.los (00+01)	100'000
703	BS/BL	Öffentlichkeitskampagne 00/01	200'000
364	CH	FIZ:Partizip. MigrantInnen mit Kindern	15'000
735	CH	IG Binat: Bulletin	11'000
839	CH	Jugendsession:Kostenbeteiligung	5'000
704	CH	Wanderaustellung Da & Fort	200'000
705	CH	<i>Museum für Migration: Projektbeitrag</i>	100'000
718	CH	SSAB: Film & Begleitmaterial	130'000
754	CH	CNG: Untersuchung	20'000
767	CH	GBI: Zeitung in versch.Sprachen	35'000
781	CH	InterDIALOGOS: Sondernummer	23'000
855	CH	Penner: Didaktisches Material für Vorschulförderung	134'000
kN	CH	sgv/usam: Informationskampagne	90'000
kN	CH	SID: Migrationspolitik, pol. Prozess	30'000
306	GE	CR: centre de rencontre	33'000
826	GE	MondialContact: div.	30'000
861	GR	Frauzent.: div.	15'000
378	LU	Emmen: Informationsprojekte	16'000
792	SG	Schänis: Projektheft Balkan	20'000
796	SG	Musik und Migration	19'000
245	TI	Borgnini:Lehrmittel	33'000
304	VD	programme de télévision	102'000
706	VD	Privé: div.	15'000
714	ZG	Schule und Elternhaus: Wegleitung Deutschkurs	6'000
116	ZH	ARCHE Kinderbetreuung	25'000
347	ZH	Verein Infonet: Orientierungshilfe	10'000
759	ZH	Privat: Übers. & Publikation (ital.)	15'000

Schwerpunkt 5 Leistungsverträge			
	BE	ISA (nur Region Stadt Bern)	100'000
	BS	GGG Ausländerberatung	100'000
	BL	Ausländerdienst	100'000
	FR	CCSI	70'000
	LU	FABIA	120'000
	NE	Bureau du délégué aus étrangers	100'000
	SG	ARGE	100'000
821	SG	Mintegra: Übergangsbeitrag	40'000
	SO	Ausländerdienst	80'000
	SZ	AGBAS	50'000
	TG	Fachstelle für Integration (St. Frauenfeld)	50'000
	VD	csp	120'000
	ZG	Caritas schweiz	50'000
	ZH	KAAZ: Übergangsbeitrag	70'000
	ZH	Zürcher Oberland: Übergangsbeitrag	70'000
	ZH	Stadt Winterthur	70'000
	ZH	FIF Stadt Zürich	150'000

Diese Tabelle entspricht dem Bewilligungsstand vom 31.10.2001. Die per Ende Jahr abgeschlossene Liste wird im Frühling auf der EKA-Website publiziert werden (www.eka-cfe.ch).

Die *kursiv* gesetzten Projekte sind noch nicht definitiv bewilligt (Stand 31.10.2001).